

Völkerwanderungen – eine historische Vergewisserung

Von Ulrich Herbert

Lindau, 13.4.2009

Der Titel dieses Vortrags, „Völkerwanderungen“ assoziiert, dass es Migration immer schon und überall gegeben habe, eine Art sozialer Konstante menschlichen Lebens seit jeher. Das klingt plausibel, ist aber historisch problematisch. Die historische „Völkerwanderung“ meint die Wanderbewegung halbnomadischer, vor allem germanischer Völker im Zeitraum vom Einbruch der Hunnen nach Ostmitteleuropa bis zum Einfall der Langobarden in Italien vom 4. bis zum 6. Jahrhundert n.C. Erst durch die Differenz zur Sesshaftigkeit wird Migration als Sonderphänomen erkennbar.

Der geschichtliche Ort der Völkerwanderung im Bewusstsein der modernen europäischen Gesellschaften ist denn auch ein anderer: als Gründungsmythos der neu entstandenen Nationalstaaten des 18. und 19. Jahrhunderts, die sich eine Tradition schufen, die ihnen eine weit in die Geschichte zurück ragende Legitimation verschaffte. Während die Nation sich als etwas Festes, in Raum und Menschen Verwurzeltes postulierte, erklärte sie ihre Herkunft aus still gestellter Mobilität - der Völkerwanderung in grauer Vorzeit, wobei der Wandel vom nomadischen zum räumlich fixierten Dasein zugleich als Kultursprung angesehen wurde – vom Stamm zum Volk, vom Volk zur Nation.

Völkerwanderungen – eine historische Vergewisserung

1. Sklaven und Auswanderer
2. Ausländer und Inländer
3. Zwangsmigration und Rassereinheit
4. Gastarbeiter und Einwanderer
5. Asylbewerber und Illegale
6. Globale Migration heute
7. Fazit

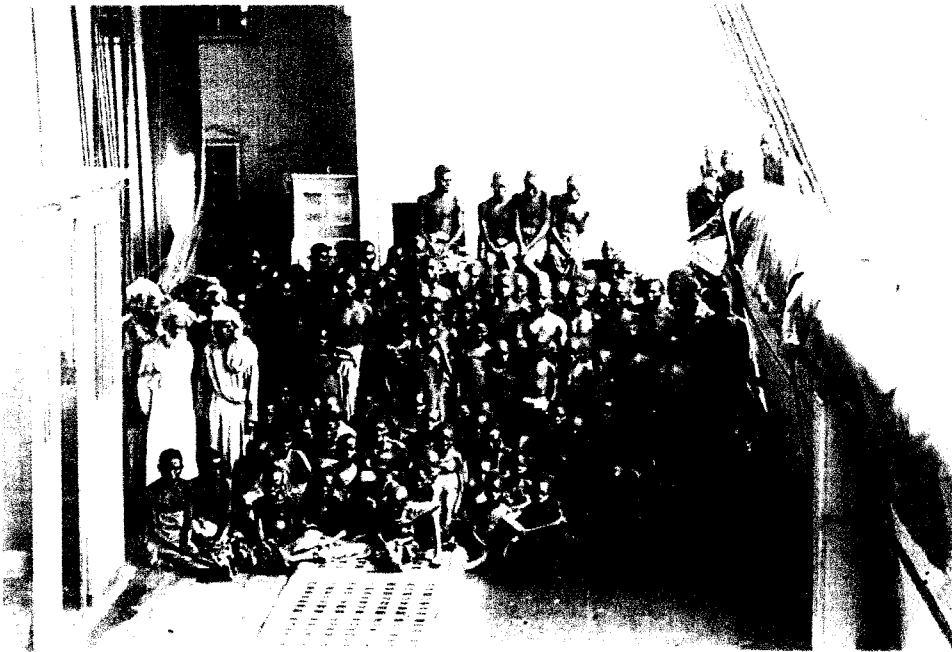
Migration, Massenmigration im Besonderen, ist also etwas, das wir im engeren Sinne der Neuzeit zuordnen, und ein Blick in Entwicklung und Vielfalt der hier stattgefunden habenden Prozesse wird uns neben einigen Gemeinsamkeiten auch die außerordentliche Diversität des Geschehens, zugleich seine globalen Auswirkungen, seine Langfristigkeit und Dynamik verdeutlichen. Ich werde im Folgenden mit einem Blick auf das globale Geschehen seit 1500 beginnen und mich dann für das 20. Jahrhundert stärker auf Preußen und Deutschland konzentrieren, bevor der Blick am Ende räumlich wieder etwas geweitet und die Überlegungen durch ein kurzes Fazit abgeschlossen werden sollen.

1. Sklaven und Auswanderer

Die unmittelbar in die Gegenwart hereinreichende migratorische Vorgeschichte der Gegenwart beginnt also nicht bei Attila oder Theoderich, sondern mit Hernán Cortés und Francisco Pizarro. Die europäischen Eroberungen des 16. Jahrhunderts setzen den Ausgangspunkt jener globalen Massenmigration, in deren Verlauf bis 1820 etwa 15 bis 20 Millionen Menschen zum Teil freiwillig, zum überwiegenden Teil zwangsweise ihre Heimat verließen und in weit entfernte Regionen aufbrachen.

Die Heranziehung von etwa 11 Millionen afrikanischen Sklaven steht im Mittelpunkt dieser Prozesse, in deren Verlauf reine Immigrationsgesellschaften entstanden, insbesondere in Lateinamerika, auf den karibischen Inseln sowie im Süden der späteren USA.

Auf den karibischen Inseln starb die einheimische Bevölkerung im 16. Jahrhundert fast völlig aus - durch Mord und Versklavung, aber überwiegend durch eingeschleppte Krankheiten. Die bis heute hier lebenden Gesellschaften haben ethnogenetisch keine hinter 1500 zurückreichende Geschichte, sondern setzen sich allein aus den Nachkommen der schwarzen Sklaven, weißen Schuldknechten und der sehr dünnen weißen Oberschicht zusammen. In den britisch und französisch regierten Regionen Nordamerikas spielte indes auch die Immigration weißer Kolonisten eine bedeutende Rolle, die sich dort als selbständige Farmer niederließen, bei denen Sklavenhaltung im Unterschied zum Süden nur eine geringere Rolle spielte.



Sklavenschiff, Zanzibar, ca. 1880

Die Massenmigrationen des 16.- bis 18. Jahrhunderts stehen daher am Ausgangspunkt der geographischen und ethnischen Strukturierung der Welt in ihrer heutigen Form. Dabei reichen die längeren migratorischen Traditionen der europäischen Kolonisation der beiden Amerikas und der damit verbundenen Zwangsmigration der schwarzen Afrikaner bis weit in das 19. Jahrhundert hinein. Sie sind in ihren Auswirkungen bis heute spürbar, etwa in den Debatten um die schwarze Bevölkerungsminderheit in den USA.

Mit dem Aufkommen der expandierenden kapitalistischen Weltwirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts setzten jedoch andere, zahlenmäßig noch gewaltigere Wanderungsprozesse ein. Der vermehrte Bedarf an Arbeitskräften in neuen industriellen Zentren ließ die Menschen wandern: vom Land in die Stadt (etwa: vom Lake district nach Manchester), von den ländlichen Regionen in die Industrieregionen (etwa: von Schottland nach England), von landwirtschaftlich strukturierten Ländern in industriell strukturierte (etwa: von Polen nach Deutschland) und schließlich von Erdteilen mit landwirtschaftlicher Überschussbevölkerung in die bevölkerungsarmen, aber wirtschaftlich expandierenden Zentren der Neuen Welt (etwa von Ost- und Südeuropa in die USA oder nach Argentinien).

Die globale Massenmigration wurde so zu einem der prägendsten Kennzeichen der sich entfaltenden globalen Industriegesellschaften. Nah- und Fernmigration waren dabei miteinander eng verbunden. Oft führte der Aufbruch, sagen wir, von Irland nach London oder von Galizien nach Preußen zu einem bald darauf folgenden zweiten Schritt, der Überfahrt nach Amerika.



Auswanderer, Hamburg, ca. 1900

Und ebenso waren vorübergehende Arbeitsaufnahme und Auswanderungsabsicht nicht klar voneinander zu trennen: Selbst die Millionen Europäer, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Überfahrt über den Atlantik wagten, gingen zu einem Gutteil, vielleicht etwa zur Hälfte, nicht mit der Absicht in die Fremde, dort dauernd zu bleiben. Vielmehr wollten sie, wie auch die weitaus meisten derer, die in die industriellen Zentren Europas wanderten, nach einigen Jahren mit den in der Fremde erworbenen Reichtümern in die Heimat zurück kehren, um sich dort eine neue, bessere Existenz aufzubauen. Aber nach einigen Jahren als Arbeiter in den Schlachthöfen von Chicago oder den Stahlwerken von Pittsburgh begann der Rückkehrwunsch zu verblassen und aus den Arbeitsmigranten wurden Einwanderer – ein Prozess, den wir so überall auf der Welt und bis heute beobachten können.

Zwischen 1920 und 1914 überquerten etwa 85 Millionen Menschen freiwillig den Atlantik. Das betraf nicht nur Europäer; ähnliche Migrationsprozesse finden wir seit der 2. Hälfte des

19. Jahrhunderts auch in Asien, v.a. China, wobei die chinesischen Arbeiter, die als besonders billige „Kulis“ etwa beim amerikanischen Eisenbahnbau eingesetzt wurden, zu einem weit höheren Prozentsatz tatsächlich wieder zurück in die Heimat gingen als die Europäer. Und auch die in der neuen Welt verbliebenen Chinesen bildeten sehr langlebige eigene Communities mit geringen Außenkontakten – auch dies ein Prozess, der bis heute beobachtet werden kann.

Sklaverei-Migration und freiwillige Arbeitsmigration existierten jahrzehntelang nebeneinander; noch im Jahre 1820 war das jährliche Volumen der Sklavenimporte nach Brasilien mehr als doppelt so groß wie freie Einwanderung in die USA. Erst nach der Abschaffung der Sklaverei in den USA nach dem Bürgerkrieg 1865 änderte sich dies dramatisch. 1850 waren etwa 250.000 freie Einwanderer in die USA gekommen, 1900 mehr als eine Million. Seit Beginn, verstärkt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Sklaverei und der Sklavenhandel in den USA und in Großbritannien zunehmend als Skandal empfunden, und Bestrebungen kamen auf, ihre Auswirkungen rückgängig zu machen, etwa durch Gründung freier Staaten für repatriierte Sklaven in Westafrika, Liberia ist das bekannteste Beispiel. Aber bald erwies sich solches als unmöglich. Weder wollte die Mehrheit der befreiten Sklaven zurück in eine ihnen ja völlig fremde soziale Umgebung, noch war das im Sinne der Unternehmer, die dringend billige Arbeitskräfte brauchten, noch war ein solcher Massenexodus finanzierbar.

Massenmigrationen, das zeigte sich hier, zogen tiefgreifende und nachhaltige Folgen nach sich, sie veränderten die Gesellschaften – die Herkunftsgesellschaft, vor allem aber die Einwanderergesellschaft – auf lange Sicht, auf nicht intendierte und zumeist irreversible Weise. Und sie waren längerfristig nicht oder nur sehr schwer steuerbar.

2. Ausländer und Inländer

Um 1900 erreichte die Amerikaauswanderung ihren Höhepunkt. Durch die enorme Expansion des Industriekapitalismus in Westeuropa war die ja ungleich weniger aufwändige Arbeitsaufnahme in den europäischen Industriezentren für die landwirtschaftliche Überschussbevölkerung vor allem Ostmitteleuropas attraktiver geworden. Damit ergaben sich allerdings

ganz neue Probleme, die ich im Folgenden genauer betrachten möchte, und zwar anhand der Entwicklung in Preußen und Deutschland.

Zunächst fällt das gewaltige Wachstum der neuen industriellen Agglomerationen als Folge der Arbeitsmigration ins Auge. Die sich industrialisierenden Gesellschaften veränderten sich durch die Wanderung von Millionen von Arbeitskräften vom Land in die Städte in sehr kurzer Zeit grundlegend. Birmingham und London, Berlin, Turin, Lyon sind bekannte Beispiele dafür. Die Kleinstadt Essen an der lieblichen Ruhr wuchs innerhalb eines Menschenalters von 30.000 auf 600.000 Menschen. Die durch die Zuwanderung entstandenen sozialen Konflikte prägten die die Industrienationen über fast 100 Jahre hinweg. Die soziale Frage war hier zunächst vor allem eine Folge der Arbeitsmigration.

Zugleich spitzten sich durch die Arbeitsmigration die Probleme des Nationalismus in bis dahin unbekannter Weise zu. Vor der der Gründung der Nationalstaaten waren nicht nationale Identitäten, sondern dynastische Herrschaftsverhältnisse prägend, nirgendwo besser zu beobachten als im kleinstaatlich zerrissenen Deutschen Bund. Für den Untertanen des preußischen Königs waren Sachsen ebenso „Ausländer“ wie Ruthenen, Badener oder Niederländer. Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Italien ordnete sich das Verhältnis des Eigenen und des Fremden neu.

Im neu gegründeten Deutschen Reich orientierte sich das seit 1871 gültige Staatsbürgerrecht am preußischen Untertanengesetz von 1842. Das war zu dieser Zeit insofern „fortschrittlich“, als es gegen die Bindung des Untertanen an das Territorium vom Recht des Einzelnen auf Staatsbürgerschaft durch Geburt ausging – das „ius sanguinis“ war also ursprünglich ein modernes, weil die feudalen Herrschaftsbeziehungen ablösendes, individuelles Prinzip.

Nun gab es im Deutschen Reich mehrere nach Sprache und Kultur nicht deutsche Gruppen, darunter als größte die Polen. In der polnischen Teilung im späten 18. Jahrhundert war der östliche Teil Polens zu Russland, der südliche zur Habsburger Monarchie, der westliche Teil zu Preußen geschlagen worden. Die meisten Einwohner des preußischen Teils um die Stadt Posen sprachen Polnisch, waren aber preußische Staatsbürger.



Polnischer Arbeiterverein Oberhausen, 1910

Dem Streben des Nationalstaats nach einer homogenen Bevölkerung stand die Anwesenheit von Staatsbürgern mit anderer kultureller Tradition und anderer ethnischer Zugehörigkeit störend gegenüber. In Deutschland resultierte daraus nach 1871 das Bestreben, die Angehörigen der nationalen Minderheiten im Deutschen Reich möglichst schnell zu Deutschen im kulturellen Sinne zu machen, sie also zu „germanisieren“, etwa Hinblick auf Sprache und kulturelle Orientierung. Als nach 1880 ein Großteil der preußischen Polen in die neuen Industriezentren im Westen zog, stieg der Germanisierungsdruck auf sie noch – aber zugleich wuchs auch die Abwehr der preußischen Polen dagegen ebenso wie ihre Hinwendung zum polnischen Nationalismus.

Allerdings - auf deutscher Seite wurde es durchaus nicht als Problem angesehen, Menschen mit polnischer Herkunft zu Deutschen zu machen. Die ethnische Zugehörigkeit wurde nicht als exklusiv angesehen; der Bezug zu Blut und Rasse fehlte hier noch.

Seit den 1890er begann sich das Problem weiter zu verkomplizieren. In dem Maße, in dem immer größere Teile der in den ostdeutschen Regionen lebenden Menschen, überwiegend Landarbeiter, nach Westen wanderten, suchte die ostdeutsche Landwirtschaft nach Ersatzarbeitskräften und begann nun, in großem Maße polnische Landarbeiter aus den benachbarten, zu Russland und zu Österreich gehörenden Teilen Polens anzuwerben.



Polnische Saisonarbeiter, Breslau um 1910

Die Zuwanderung dieser sogenannten „Auslandspolen“ erreichte in kurzer Zeit solche Ausmaße, dass die um die „Germanisierung“ von Raum und Bevölkerung besorgten deutschen Nationalisten bald Befürchtungen äußerten, auf diese Weise werde der preußische Osten „re-polonisiert“. Diese Problematik gewann sehr schnell an Bedeutung, und es ist daher kein Zufall, dass die ersten Aktivitäten des sich neu gründenden „Alldeutschen Verbandes“, der Keimzelle des deutschen Radikalnationalismus, gegen den weiteren Zuzug von sogenannten „Auslandspolen“ gerichtet waren. Er forderte, den weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland zu beenden, weil sonst eine „Überfremdung“ der östlichen Regionen und auf Sicht auch weiterer Gebiete Deutschlands drohe. Das war nicht ohne zynischen Witz, denn die preußischen Polen sollten zwangsgermanisiert, die Auslandspolen hingegen an der Germanisierung zwangsweise gehindert werden. Es war, wie man sieht, nicht so einfach, einen ethnisch homogenen Nationalstaat zu schaffen.

Die Propaganda der Alldeutschen gegen den Zuzug der Auslandspolen widersprach aber den wirtschaftlichen Interessen der dortigen Gutsbesitzer, die unbedingt polnische Arbeiter beschäftigen wollten. Die deutschen Landwirte, so hieß es in einer Schrift des Alldeutschen Verbandes, „bevorzugen die Ausländer, weil sie mit ihnen leichter fertig werden, ihnen längere Arbeitszeiten, mehrfach auch niedrigere Löhne zumuten können. Die Ausländer sind zufriedener und gefügiger als die deutschen Arbeitskameraden.“

Allerdings zeigte sich bald, dass die genannten wirtschaftlichen Vorteile der Beschäftigung ausländischer Polen nur so lange gewährleistet waren, als diese im Hinblick auf Löhne und soziale Standards weiterhin die Verhältnisse in ihren wirtschaftlich erheblich rückständigen Heimatländern zum Maßstab nahmen. Nach einigen Jahren aber, so stellten die deutschen Behörden und Betriebe verärgert fest, verblassten die Erinnerungen an das Lebenshaltungsniveau in Galizien oder Russisch-Polen, und die Ausländer nahmen nun die Löhne und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter zum Maßstab ihrer Forderungen. Damit aber geriet der wirtschaftliche Nutzen, der aus den niedrigen Ausländerlöhnen gezogen werden konnte, in Gefahr - mit dem Erfolg, dass in Preußen ein ausgeklügeltes System etabliert wurde, das die polnischen Arbeiter zwang, in jedem Jahr während der Wintermonate das Reichsgebiet zu verlassen, um im Frühjahr erneut um Arbeit in Deutschland nachzusuchen.

Allerdings setzte dies eine strikte und möglichst lückenlose polizeiliche Kontrolle voraus; entsprechende Polizeiverordnungen entstanden, und ein eigenes, repressives Ausländerrecht etablierte sich, das in den Folgejahren fortwährend verschärft wurde. Es ist übrigens, das nur am Rande, interessant zu sehen, dass das deutsche System der Arbeitsämter hier seinen historischen Ausgangspunkt besitzt.

Die Entwicklung der Saisonarbeit und der Nationalitätenpolitik im Deutschen Kaiserreich birgt in nuce bereits fast alle kennzeichnenden Elemente der neuzeitlichen Arbeitsmigration in sich: Wanderungssog und Wanderungsdruck, die durch sehr krasse Differenzen zwischen reichen und armen Regionen in erreichbarer Nähe entstehen; der Widerspruch zwischen nationalem Homogenisierungsbestreben und wirtschaftlich motivierter Heranziehung von Ausländern; der Wandel der Migranten von der Orientierung an den sozialen Standards der Herkunftsregion an diejenigen des Einwanderungslandes; die Radikalisierung nationaler und sozialer Differenzen durch das Postulat der kulturellen, dann auch der biologischen Andersheit der Fremden. Wir finden diese Elemente in fast allen Regionen der Welt mit massenhaften Migrationsprozessen, wenngleich unterschiedliche kulturelle und rechtliche Traditionen sowie außerordentliche Ereignisse, etwa Kriege und Revolutionen, die Schärfe der dadurch hervorgerufenen Konflikte jeweils verstärkte oder abmilderten.

3. Zwangsmigration und Rassereinheit

Die eben angesprochenen Widersprüche zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Aspekten der Zuwanderung von Ausländern, vor allem von ausländischen Arbeitern, fanden ihren Höhepunkt ausgerechnet in der Zeit des NS-Regimes.

Bereits seit dem Jahre 1936 war nämlich deutlich geworden, dass angesichts der bald überhitzten Rüstungskonjunktur und der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland zusätzliche Arbeitskräfte in großer Zahl benötigt wurden. Ausländer nach Deutschland zu holen, stand aber in eklatantem Widerspruch zu den politisch-weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes.

Spätestens mit Beginn des Krieges aber gab es angesichts des eklatanten Arbeitermangels für die Machthaber keine Alternative mehr zur Heranziehung von Ausländern in großem Maßstab. Das geschah zunächst durch den Arbeitseinsatz polnischer Kriegsgefangener in Deutschland, dann durch die Rekrutierung von polnischen Zivilarbeitern für deutsche Arbeitgeber nach dem Vorbild der Beschäftigung der polnischen Landarbeiter während des Kaiserreichs. Schon nach kurzer Zeit aber hatte der Arbeiterbedarf in Landwirtschaft und Industrie solche Ausmaße erreicht, dass nunmehr zwangsweise Aushebungen, die jahrgangswise Rekrutierung, schließlich das regelrechte Einfangen junger Polen – etwa in Schulen, Kirchen, Kinos und Universitäten – für die Zwangsarbeit in Deutschland zur Regel wurden Innerhalb eines Jahres wurden auf diese Weise mehr als eine Million polnischer Zivilarbeiter – etwa zur Hälfte Frauen - nach Deutschland gebracht.



Sowjetische „Ostarbeiterinnen“ – Fahrt nach Deutschland, 1942

Gegen diese massenhafte Heranziehung von sogenannten Fremdvölkischen zur Arbeit nach Deutschland und die dadurch hervorgerufenen volkspolitischen Gefahren protestierten vor allem Partei- und SS-Stellen. In Reaktion darauf wurde ein bald durch Hunderte von Erlassen festgelegtes System der Absonderung der Polen und dann ab dem Frühjahr 1942 vor allem der Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion von der deutschen Bevölkerung installiert. Hier wurden die Unterbringung in Lagern, das Tragen eines Abzeichens und zahlreiche Diskriminierungen vorgeschrieben und in den Folgejahren immer weiter ausgedehnt.

Im Sommer 1944 waren schließlich etwa 8 Millionen ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reich zur Arbeit eingesetzt, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich stark voneinander unterschieden. Vier Gruppen sind hierbei voneinander zu unterscheiden:

1. die ausländischen Zivilarbeiter, die zwischen 1939 und 1945 zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gebracht und im Volksmund „Fremdarbeiter“ genannt wurden; sie bildeten die weitaus größte unter den hier genannten Gruppen. 1944 waren etwa 5 Millionen von ihnen in Deutschland, wobei sowjetische (mit etwa 2 Millionen) und polnische Arbeiter (mit etwa 1 Million) die größten Anteile stellten.
2. die ausländischen Kriegsgefangenen, vornehmlich aus Polen, der Sowjetunion und Frankreich, die in Deutschland als Arbeitskräfte eingesetzt wurden. Zu dieser Gruppe gehören auch die etwa 600.000 „Militärinternierten“ – italienische Soldaten, die nach dem Ausscheiden Italiens im Sommer 1943 aus der „Achse“ von der Wehrmacht festgesetzt und als Zwangsarbeiter nach Deutschland gebracht wurden;
3. die Häftlinge der Konzentrationslager der SS im Reichsgebiet; deren Zahl für 1944 mit etwa 350.000 beziffert werden kann;
4. die europäischen Juden, die in ihren Heimatländern, dann vor allem aber nach ihrer Deportation nach Polen für kürzere oder längere Zeit Zwangsarbeiten verrichten mussten – zunächst in Polen - in Gettos, Zwangsarbeitslagern oder KZ-Außenlagern - und erst seit 1944 in verstärktem Ausmaß auch im Reichsgebiet.

Die Zwangsarbeit der Juden, von denen der weitaus meisten nach einer kurzen Phase der Zwangsarbeit an Erschöpfung und Krankheit starben oder umgebracht wurden, ist allerdings ein sehr eigenes Thema, das mit der hier vorrangig zu schildernden Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland nur zu einem Teil in direktem Bezug steht.

1944 war beinahe jede dritte Arbeitskraft in Deutschland ein „Fremdarbeiter „ (oder eine „Fremdarbeiterin“, denn die zivilen Zwangsarbeiter aus dem Osten waren zu mehr als 50 % Frauen), die von den Deutschen beaufsichtigt, angeleitet und reglementiert wurden. Der sogenannte „Ausländereinsatz“ in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges ist der größte Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei in den USA in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

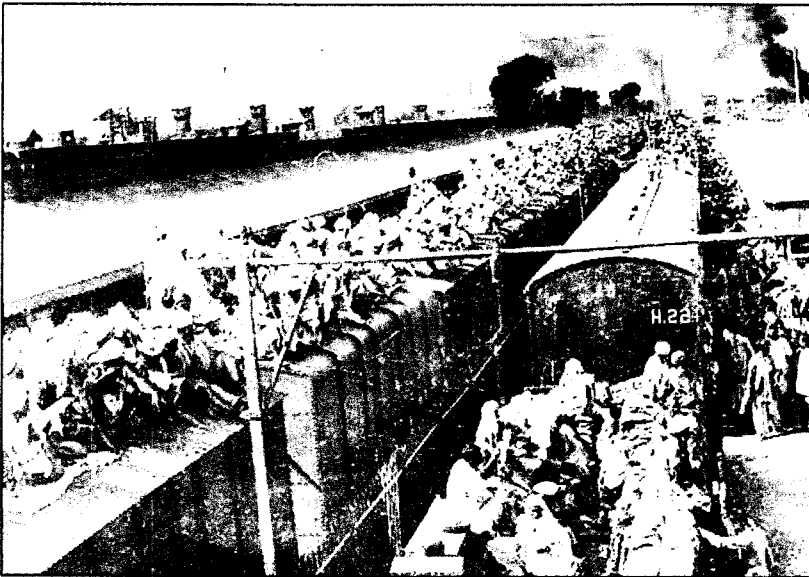
Allerdings bei weitem nicht der einzige; hierbei sei verwiesen auf die Fortdauer bzw. Neuaufnahme verschiedener Formen der Sklaverei in den europäischen Kolonien – besonders in Belgisch-Kongo, wo die Sklaverei bis in die 1950er Jahre überdauerte. Und ebenso an die millionenfache Zwangsarbeit der Häftlinge im sowjetischen Gulag – allerdings fallen beide Phänomene nur am Rande in unser hier zu besprechendes Thema, denn es handelte sich im Fall der Kolonien nicht um Migration im engeren Sinne; während die Gulag-Häftlinge in der Tradition der älteren Sträflingsverbannung standen, die wir bereits seit dem 17. Jahrhundert kennen und die neben Sibirien als Verbannungsort für Häftlinge im zarischen Russland vor allem an Australien denken lässt, wo sich auf der Grundlage der von der britischen Krone über fast zwei Jahrhunderte hinweg hierher geschickten Sträflinge eine ganz neue Form der Einwanderungsgesellschaft herausbildete.

Zwangsmigration wurde so zu einem der prägenden Kennzeichen des 20. Jahrhunderts – einerseits in der Form der Verschleppung zur Zwangsarbeit, wie hier beschrieben, andererseits in der Form der Vertreibung ethnischer Minderheiten mit dem Ziel der Herstellung ethnisch homogener Nationalstaaten. Das war in Regionen wie dem breiten Streifen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer besonders heikel, weil hier von altersher Völkerschaften, ethnische Gruppen, Religionsgemeinschaften in buntem, wenngleich bei weitem nicht friedlichem Miteinander lebten. Der vom Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts in Gang gebrachte Trend zur Herstellung ethnisch getrennter Siedlungsgebiete und Nationalstaaten musste also hier besonders katastrophale Auswirkungen nach sich ziehen. Als deren Aus-

gangspunkt gilt der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch von 1923, durch den etwa 1,2 Mio. Griechen aus der Türkei und etwa 400.000 Muslime aus Griechenland vertrieben wurden.

Deutschland war zwischen 1939 und etwa 1949 eines der Zentren der weltweiten Migrationsbewegungen. Denn die 1945 nach deren Rückkehr in ihre Heimatländer freiwerdenden Arbeitsplätze der ausländischen Zwangsarbeiter wurden seit den frühen 1950er Jahren in Westdeutschland von den aus den besetzten Ostgebieten und der sowjetischen Besatzungszone hierher strömenden deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen eingenommen.

Wenn man bedenkt, dass bis 1960 13,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Osten und der DDR in der Bundesrepublik Aufnahme fanden, die also beinahe ein Viertel der westdeutschen Gesamtbevölkerung von 1965 stellten, so wird die Größenordnung dieser Wanderungsbewegung deutlich. Sie stand jedoch in engem Verbund mit anderen Massenmigrationsprozessen der Zeit: die Rückkehr der einstigen Zwangsarbeiter, der Verschleppten, der KZ-Häftlinge, der Kriegsgefangenen und nicht zuletzt der polnischen Bevölkerung aus den ostpolnischen, jetzt von der UdSSR annektierten Regionen nach Westen in die vordem deutschen Ostregionen. Aber auch der Bevölkerungsaustausch zwischen Indien und Pakistan im Jahre 1949, während dessen Muslime aus Indien nach Pakistan und Hindus und Sikhs aus Pakistan nach Indien wanderten, mit insgesamt vermutlich mehr als 10 Millionen Menschen und vermutlich etwa 500.000 Toten eine der größten Migrationsbewegungen der Geschichte, gehört in diesen Zusammenhang – allesamt Folgen der gewaltigen Umwälzungen dieser Jahre im Zuge des Zweiten Weltkriegs und der beginnenden Dekolonisierung.



Flüchtlinge nach der Teilung des Subkontinents in Indien und Pakistan 1947

Schließlich aber, das sei hier jedoch nur erwähnt, begann auch der Holocaust als ein Versuch der Deutschen, die Juden erst aus Deutschland, dann aus Europa zu vertreiben. Als sich das, spätestens mit dem Madagaskar-Plan, als nicht umsetzbar erwies, begannen die massenhaften Deportationen der europäischen Juden ins deutsch besetzte Polen – jedoch nicht um sie dort anzusiedeln, sondern um sie dort umzubringen.

4. Gastarbeiter und Einwanderer

Als aber nur etwa 15 Jahre nach dem Kriege, um das Jahr 1960 herum, die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in den west- und nordeuropäischen Industriestaaten wieder einsetzte, wurde an die Traditionen der Zwangsarbeit ebenso wenig gedacht, wie an die Migrationsbewegungen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Das galt insbesondere für die Bundesrepublik, wo auf die Vorgeschichte der nun einsetzenden „Gastarbeiter“-Beschäftigung öffentlich mit keinem Wort eingegangen wurde; die erneute Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften begann vielmehr unter der Suggestion der Voraussetzungslosigkeit. Tatsächlich begann der Zustrom der ausländischen Arbeiter nach Westdeutschland in größerem Umfang in dem Moment, als der Zustrom der Flüchtlinge aus der DDR mit dem Bau der Berliner „Mauer“ im August 1961 jäh unterbrochen wurde. Von 1960 bis 1966 stieg die Zahl der aus-

ländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik auf 1,2 Millionen. Ausländer schienen für die dynamisch wachsende Wirtschaft Westdeutschlands erneut unentbehrlich und wurden durch massive Anwerbungskampagnen hierher gelockt. Lohnend war das aber nur, solange, wie gehabt, der Lebensstandard in den Entsendeländern der Vergleichsmaßstab blieb für die nun herangebrachten Italiener, Spanier, Portugiesen, Jugoslawen, Griechen, erst später auch Türken.



Italienische „Gastarbeiter“, um 1967

Auch dies war ein gemeineuropäischer Vorgang, der zur gleichen Zeit, zuweilen (etwa in der Schweiz) sogar schon etwas früher, in den Industriestaaten des Westens einsetzte, wenngleich mit charakteristischen nationalen Varianten. So kam ein Großteil der Arbeitsmigranten, die nach Frankreich und Großbritannien strömten, aus den einstigen Kolonien; nach Deutschland wie nach Skandinavien zunächst Italiener, Spanier, Griechen, Jugoslawen, dann vor allem Türken. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Probleme, die daraus erwachsen, waren jedoch zum überwiegenden Teil die gleichen – und entsprachen zunächst weitgehend jenen, wie wir sie bereits von den polnischen Saisonarbeitern der Jahrhundertwende in Preußen kannten.

Wie selbstverständlich wurde davon ausgegangen, dass der Aufenthalt der Arbeitsmigranten in den europäischen Industrieländern auf ein paar Jahre beschränkt bliebe; dass sich aus der Ausländerbeschäftigung längerfristige Folgeprobleme ergeben könnten, wurde in den frühen 60er Jahren nicht thematisiert. Schon der sich in Westdeutschland einbürgernde Name „Gastarbeiter“ verwies auf diese Intentionen. In der Tradition der Zivilisierungsmission des weißen Mannes gegenüber den unterentwickelten Völkern in den Kolonien wurde die Anwerbung der Ausländer aus Südeuropa sogar als Maßnahme der kulturellen Hebung gefeiert oder, wie vom westdeutschen Arbeitsminister Blank, als „ein Stück Entwicklungshilfe für die südeuropäischen Länder“.

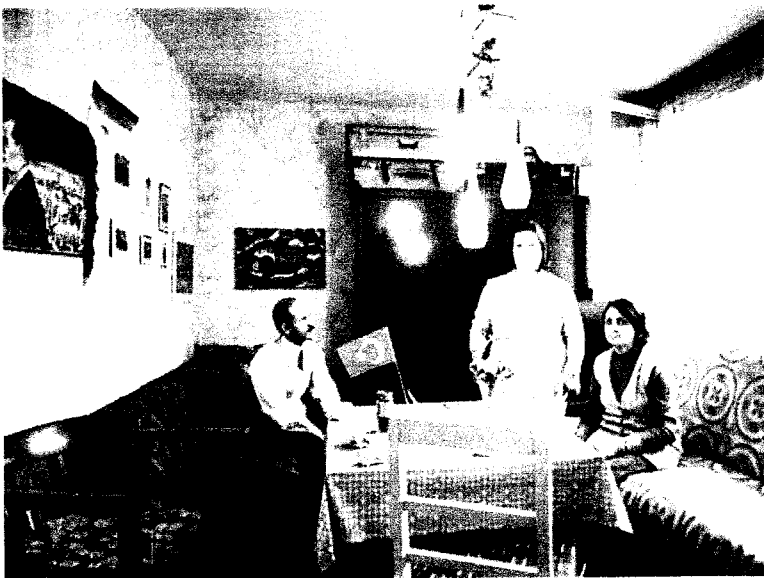
Anfang der 70er Jahre aber machte sich bei den Arbeitsmarktexperten in Westdeutschland eine deutliche Unruhe breit, die ihren Grund in einer neuen, für sie ganz überraschenden Entwicklung hatte: Die Zahl der Rückkehrer sank, die der nachgeholtten Familien der „Gastarbeiter“ stieg. Viele von ihnen waren das Leben in Barackenlagern leid und sahen sich nach richtigen Wohnungen um - alles deutete darauf, dass diese Menschen nun offenbar vorzuziehen schienen, für länger hierzubleiben, wenn nicht gar - *horribile dictu* - für immer!

Nun hätte ein Blick in die eigene Geschichte oder auch in die Gegenwart der benachbarten Schweiz, wo die Beschäftigung von Ausländern einige Jahre früher als Westdeutschland eingesetzt hatte, gezeigt, dass eine solche Entwicklung mit einiger Regelmäßigkeit nach etwa 10 Jahren Aufenthaltsdauer im Einwanderungsland einzusetzen pflegt und nicht umkehrbar ist, es sei denn, mit massenhafter und drakonischer staatlicher Gewalt.

Die westdeutschen Behörden und Betriebe begannen sogleich nachzurechnen, und im „Handelsblatt“ wurde das Ergebnis im Frühjahr 1971 folgendermaßen präsentiert: „Der nicht-integrierte, auf sehr niedrigem Lebensstandard vegetierende Gastarbeiter verursachte relativ geringe Kosten von vielleicht 30 000 DM. Bei Vollintegration muss jedoch eine Inanspruchnahme der Infrastruktur von 150 000 bis 200 000 DM je Arbeitnehmer angesetzt werden. Hier beginnen die politischen Aspekte des Gastarbeiterproblems.“ In der Folge entschied man sich, wenn man denn schon die hier bereits befindlichen Ausländer nicht zur Rückkehr zwingen konnte, doch den weiteren Zuzug zu verhindern. Im Windschatten des „Ölboykotts“ der OPEC-Staaten von 1973 erließ die Regierung Brandt einen Anwerbestop, um den weite-

ren Zuzug von „Gastarbeitern“ zu begrenzen; ähnliche Bestimmungen traten dann in den meisten westeuropäischen Ländern in Kraft.

Allerdings erwies sich das vornehmliche Kalkül der Initiatoren des „Ausländer-Zuzugstops“ als falsch. Die Zahlen der in den Aufnahmeländern lebenden Ausländer verminderten sich nicht, sondern begannen nach einiger Zeit sogar wieder zu steigen. Binnen weniger Jahre erwies sich die Vorstellung vom bald wieder rückkehrenden „Gast“-arbeiter als Schimäre: Aus den Arbeitsemigranten waren Einwanderer geworden – ein Prozess, den wir ja bereits bei den Amerika-Auswanderern der Jahrhundertwende beobachten konnten.



Türkische Familie, ca. 1977

Nach Einschätzung des Arbeitsministeriums von 1976 hatte sich „die Hoffnung, nach der die Bundesregierung mit einem Abbau der Ausländerbeschäftigung auch die Probleme der Eingliederung lösen wollte, nicht erfüllt. Es ist im Gegenteil zu weiteren Fehlentwicklungen gekommen. Zu den Problemfeldern der heutigen Ausländerpolitik gehören... der Familiennachzug, die Geburtenentwicklung, die Ghettobildung, die soziologische Umschichtung der Stadtbevölkerung, Schul- und Berufsprobleme sowie Rechts- und Statusunsicherheit.“¹ Für diese sich neu auftürmenden Probleme besaßen die Behörden der Aufnahmeländer jedoch keine

¹ Bodenbender, Zwischenbilanz der Ausländerpolitik.

einschlägigen Handlungsmodelle außer dem Versuch, die Zahl der Ausländer wieder zu senken. Zudem entstanden nun in den meisten westeuropäischen Ländern verstärkt Ängste und Ablehnung in der alteingesessenen Bevölkerung gegenüber den Zuwanderern, und zwar vor allem bei den sozial schwachen Gruppen, die von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst besonders betroffen waren. Hier entstand auch ein Potential für xenophobe und nationalistische Tendenzen, deren Stärke sich in den einzelnen Ländern jedoch unterschied und zudem stark schwankte.

Die Ursachen der sich auftürmenden Schwierigkeiten lagen in der politischen Anlage der Arbeitsmigration, die lange Zeit darauf abgestellt gewesen war, im unteren Bereich des Arbeitsmarktes Zuwanderer möglichst flexibel und kostengünstig einzusetzen, ohne dass dadurch Folgekosten für die einheimische Wirtschaft und den Staat auftraten. Dieses Kalkül ging seit den frühen 70er Jahren nicht mehr auf. Aus dem vorübergehenden Aufenthalt von „Gastarbeitern“ wurde ein Einwanderungsprozess.

In der Bundesrepublik galt in der Ausländerpolitik von 1973 bis in die 90er Jahre das Postulat „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Zwar gab es eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Ausländer und vor allem zur Verbesserung der schulischen Situation der zweiten und dann dritten Ausländergeneration. Sie basierten aber weiterhin auf der Annahme des nur vorübergehenden Aufenthalts Ausländer. Soziale und staatsbürgerliche Integration war nicht vorgesehen. Aber da sich dies nur noch auf Nicht-EU-Ausländer bezog, wurde in der Bundesrepublik in der Wahrnehmung nun sukzessive aus dem Ausländer- ein Türkenproblem.

In der Lebenspraxis allerdings waren längst ganz andere Verhältnisse sichtbar. In Bezug auf die Bundesrepublik zeigte sich nämlich, dass sich die Lebensbedingungen bei dem überwiegenden Teil der länger hier lebenden Ausländer denjenigen der Einheimischen anzupassen begann, steigende Einkommen, verbesserte Bildungsabschlüsse und berufsbezogene Aufstiegsprozessen deuteten auf den Beginn eines langsamen, für die nationalen Gruppen je unterschiedlichen, aber doch unübersehbaren Integrationsprozesses. Gleichzeitig begann sich das Bild der Großstädte zu verändern: Türkische Gemüsehändler, jugoslawische Restaurants, italienische Eisdielen kennzeichneten die Innenstädte. In den Betrieben, so zeigen die vorliegenden Untersuchungen, waren Auseinandersetzungen zwischen deutschen und

ausländischen Kollegen sehr selten geworden, der Anteil gewerkschaftlich organisierter Ausländer stieg. Allerdings dauerten die Einwanderungsprozesse viel länger und erwiesen sich als viel weniger lenkbar als von den deutschen Behörden und wohl auch der Öffentlichkeit erwartet. Und offenbar waren nicht alle Einwanderergruppen davon betroffen.

6. Asylanten und Illegale

Die seit den 70er Jahren zutage tretenden Widersprüche spiegelten eine völlig veränderte migrationspolitische Situation, in der sich zwei verschiedene historische Entwicklungen überlappten: Die Phase des innereuropäischen Arbeitskräfteaustauschs, deren Signum in der Bundesrepublik die „Gastarbeiter“ waren, war zu Ende. Die volkswirtschaftlichen Entwicklungen der westeuropäischen Staaten begannen sich einander anzunähern. Durch die Bewegung hin zu einem europäischen Binnenmarkt, die bis Ende der 80er Jahre vollendet wurde, wurden auch für den Arbeitsmarkt nicht mehr die Begrenzungen der einzelnen Nationalstaaten, sondern die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft entscheidend. In der Politik wurde mithin nicht länger die Dichotomie Inländer-Ausländer, sondern EG-Inländer / EG-Ausländer bestimmend.

Gleichzeitig begannen sich die armutsmotivierten Massenwanderungen in der „Dritten Welt“, die traditionell eher regional ausgerichtet gewesen waren, seit den späten 70er Jahren zunächst allmählich, seit den frühen 80er Jahren dann in stark zunehmendem Maße zu überregionalen und transnationalen Wanderungsprozessen auszuweiten, und zwar zum einen durch die sich verschärfenden Unterschiede zwischen den reichen und den armen Regionen der Welt, zweitens durch den leichteren Zugang zu Informationen über diesen Zustand und drittens durch die verbesserten Transportwege. In allen westeuropäischen Ländern nahm der „Wanderungsdruck“ aus den ärmeren Regionen der Welt daraufhin zu; nicht anders in den USA. Dort begann sich nun neben der regulierten Einwanderung verstärkt eine illegale Einwanderung durchzusetzen, durch die in den Vereinigten Staaten eine subproletarische Schicht geduldeter, aber rechtloser Illegaler entstand, bis in den 1990er Jahren mithilfe der berühmten *southern wall* eine hunderte von Kilometern lange Sperre gegen illegale Einwanderer aus Mexiko gebaut wurde –jedoch mit sehr begrenztem Erfolg.

Auch in Europa suchten die in die Industrieländer drängenden Migranten, nachdem in den 1970er Jahren überall Zuwanderungsbegrenzungen errichtet worden waren, neue Wege der Zuwanderung und fanden sie unter anderem im europäischen, insbesondere im deutschen Asylverfahren. Das Asylrecht war auf Druck der Amerikaner und gegen den hinhaltenden Widerstand des Parlamentarischen Rates 1949 ins Grundgesetz aufgenommen worden – unter Hinweis auf die lebensrettenden Auswirkungen der Aufnahme politischer und rassistisch NS-Verfolgter in den Ländern des Westens nach 1933.

Bis in die 1980er Jahre hinein hatte das Asylrecht jedoch eine sehr geringe Rolle gespielt und wurde im Kalten Krieg nahezu ausschließlich an politischen Flüchtlingen aus dem Ostblock angewandt, mit sehr hohen Anerkennungsraten von über 80 Prozent. Im Laufe der 80er Jahre nutzte nun eine steigende Zahl von Migranten diesen Weg, um nach Deutschland zu kommen. Ähnliches vollzog sich, wenn auch in weit geringerem Maße, in allen westeuropäischen Ländern. Als die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik im Jahre 1986 auf über 100.000 stieg, setzte eine heftige Diskussion ein, wie man dieser unerwünschten Zuwanderung Herr werden könne. Diese Debatte nahm bald scharfe, sogar hysterische Töne an und wurde für fast zehn Jahre zu einem der beherrschenden Themen der bundes- dann gesamtdeutschen Innenpolitik. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks weitete sich diese Debatte allerdings bald auf ganz Westeuropa aus, etwa auf Italien nach der Zuwanderung zehntausender v.a. albanischer Flüchtlinge seit 1991.



Schiff „Vlora“ mit albanischen Flüchtlingen, Bari , August 1991

In der Öffentlichkeit wenig beachtet wurde allerdings, dass bereits seit 1987 die Süd-Nord-Wanderung im Zuge des Niedergangs der kommunistischen Staaten Osteuropas in eine Ost-West-Wanderung verwandelte. Kamen 1986 noch 16% der Asylsuchenden aus Osteuropa, so waren es 1992, dem Jahr mit der höchsten Zahl der Asylbewerber mehr als 65 %. Nun waren 100.000 Asylbewerber angesichts der etwa 4,5 Millionen Ausländer in Deutschland im Grunde eine unbeachtliche Größenordnung. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der deutschen Wiedervereinigung aber nahmen die Befürchtungen über die weitere Entwicklung massiv zu, zumal sich in Ostdeutschland sehr zugespitzt ausländerfeindliche Tendenzen bemerkbar machten. Die nun einsetzende Kampagne für eine Änderung des Asylrechts nahm daher bald sehr polemische Formen an, wenn etwa ein Berliner Politiker sich öffentlich über Asylbewerber beschwerte, die „bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort ‚Asyl‘ rufen, dem Steuerzahler in einem siebenjährigen Verfahren auf der Tasche liegen.“²

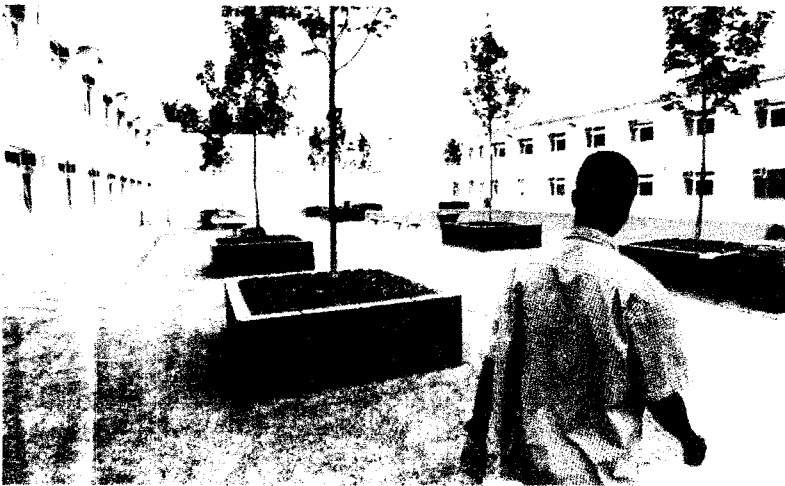
Solche Warnungen trugen selbst erheblich zur Verschärfung der Situation bei, gegen die sie sich zu wenden schienen. Vor allem nach Öffnung der Mauer setzte eine Welle der Gewalttätigkeit gegenüber Asylbewerbern und Ausländern insgesamt ein. Schreckliche Höhepunkte waren in den Jahren 1991 bis 1993 die Brandanschläge auf von Ausländern bewohnte Häuser in Städten wie Hoyerswerda, Hünxe, Mölln, Solingen waren, denen zwischen 1992 und 1996 102 Menschen zum Opfer fielen. Es ist bemerkenswert, dass diese heftigste Welle ausländerfeindlicher Übergriffe nach dem Kriege heute fast ganz aus dem kollektiven Gedächtnis in Deutschland gestrichen zu sein scheint.

Im Vordergrund stand dabei aber die Angst vor sozialem Abstieg in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, die dazu führte, in Ausländern generell, in den Aussiedlern und Asylbewerbern im Besonderen, eine bedrohliche Konkurrenz zu sehen. Nationalistische Parolen waren insofern vor allem als Versuch der ideologischen Überhöhung dieser sozialen Ausgangssituation zu verstehen und als Versuch, die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie bei der Anwartschaft auf staatliche Sozialleistungen durch den Angriff auf jene Gruppen zu vermindern, deren Ansprüche am ehesten als angreifbar erschienen. Dabei wurde auch deutlich, dass das verbreitete Gefühl von Benachteiligung und Schlechterstellung gegenüber

² Der Berliner CDU-Fraktionschef Landowsky ; zit. n. „Asylpolitik zwischen Hysterie und Hilflosigkeit“ (H.Prantl), 3.8.1991.

den Westdeutschen, das sich in Ostdeutschland herausgebildet hat, in den Ausländern gewissermaßen ein Ersatzziel gefunden hatte.

Die Änderung des Asylparagrafen im Jahre 1993 stoppte die Zuwanderung von Asylbewerbern zunächst nach Deutschland, dann durch die Vereinbarungen von Schengen nach ganz EU-Europa jäh ab. Es ist bis heute kaum mehr möglich, ein EU-Land als Asylbewerber zu betreten. Bei denjenigen, die trotzdem schaffen, sind die Anerkennungsraten sehr gering.



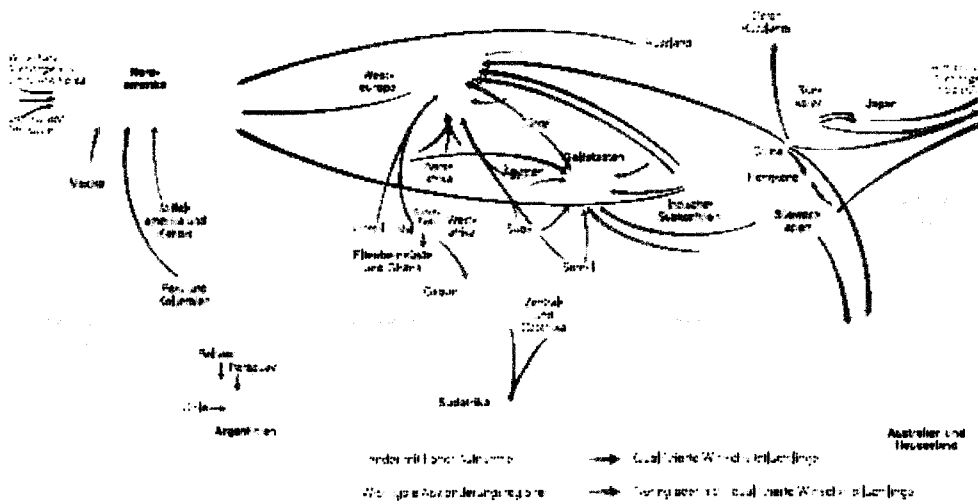
Neue Unterkunft für sistierte Asylbewerber, Flughafen Frankfurt 2002

5. Globale Migration heute

Nun hat diese Abschottung Europas, die mit dem Stichwort „Schengen“ verbunden ist, zu einer rabiaten Absenkung der Zahl der Asylbewerber in der Europäischen Union geführt. Sie hat indes nicht die Ursachen für die Massenmigration beseitigt. Drei Entwicklungen sind hierbei für die vergangenen etwa 20 Jahre als kennzeichnend herauszuheben:

- Zum einen die Globalisierung der Migrationsprozesse, einerseits in dem Sinne, dass über Flugreisen, Touristenvisa und „Aufenthaltsnahme“ Migranten aus beinahe der ganzen Welt in die industriellen Regionen kommen und hier nach Arbeit suchen. Zum anderen in dem Sinne, dass sich auch die Migrationsziele diversifiziert haben und die neuen industriellen Zentren in Asien und im Nahen Osten, aber auch bestimmte Regionen in Afrika das Ziel von Migrationsströmen geworden sind. Die Probleme, die bislang nur in Europa und Nord-

amerika entstanden waren, haben sich auch in Südkorea, in den arabischen Ölförderstaaten, in Südafrika oder einzelnen Ländern Lateinamerikas ausgebreitet.



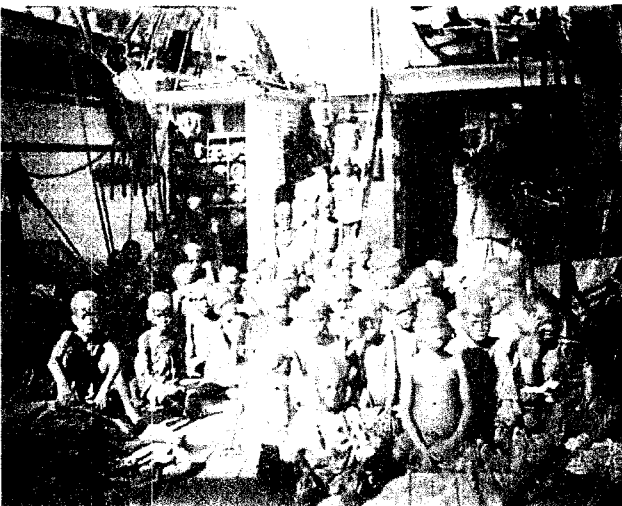
Quelle: M. E. K. O'Connell, *Immigration and Migration in the World*, London 1988, S. 103. Übersetzt von Klaus F. Zimmermann 1991.

- Zweitens haben sich die Erscheinungsformen der Migration gewandelt. Neben die klassische Erwerbsmigration der Nachkriegsjahrzehnte sind neue Formen getreten. Die Gesamtzahl der Migranten, also derer, die sich legal oder illegal für längere Zeit in einem anderen als ihrem Geburtsland aufhalten, wird weltweit auf 175 bis 200 Millionen geschätzt. Etwa zehn Prozent – nach Schätzung der International Labor Organisation ILO, aber fast die Hälfte der Migranten sind illegal in das Einwanderungsland gekommen und leben dort unter den besonderen Bedingungen der Illegalität oder Halblegalität. Ihre Lage ist in jeder Hinsicht prekär, vor allem weil sie keine längerfristige Perspektive aufbauen und von den sie nur dulden den Behörden jederzeit zurück geschickt werden können. Die illegale Immigration nach Europa ist vor allem durch die spektakulären Bilder der über Schiffspassagen nach Europa kommenden Afrikaner bekannt geworden, mit manchmal hunderten von Toten, die bei den häufigen Schiffsunglücken ertranken. Aber mit den Flüchtlingsbooten gelangt nur ein geringer Teil, weniger als 10 Prozent, der illegalen Migranten nach Europa, die meisten als Touristen mit verfallendem Visum und durchaus nicht aus Afrika, sondern überwiegend aus Osteuropa. Sie verdeutlichen aber die Stärke des Einwanderungsdrucks, der sich durch die sich in-

folge der Weltwirtschaftskrise in den nächsten Jahren vermutlich noch dramatisch verschärft wird. Nach Informationen der Europäischen Kommission befinden sich allein in Libyen als dem bevorzugten Transitland etwa eine Millionen emigrationswillige Menschen aus dem subsaharischen Afrika.

- Drittens die zunehmenden Probleme der Aufnahme und Integration der bereits in den Industrieländern lebenden ausländischen Migranten, und zwar vornehmlich jener, die nach den 1970er Jahren gekommen sind. Anders als vielfach wahrgenommen, hat nicht die „Gastarbeiter“-Generation die meisten Schwierigkeiten, sondern die Gruppen der Nachgezogenen, der Illegalen, der Asylbewerber. Während in den Aufnahmegesellschaften in Bezug auf die „Gastarbeiter-Generation“ mittlerweile die Annahme vorherrscht, dass sie auf Dauer hierbleiben werden, herrscht in Bezug auf die anderen Gruppen erneut die Vermutung vor, dass es sich um einen vorübergehenden Aufenthalt handle, sodass mithin intensivierete Bemühungen zur Integration als kontraproduktiv angesehen werden.

7. Fazit



Ostafrika, 1868

Weltweit nimmt die Zahl der Migranten zu, und zwar einerseits als armutsmotivierte Massenauswanderung in die reicheren Länder der Welt; zum anderen als Flüchtlingsmigration innerhalb der Armutregionen, vor allem in Asien, Afrika, zum Teil auch in Lateinamerika. Massenmig-

rationsprozesse werden daher in Zukunft in steigendem Maße zu den wichtigsten Konflikt-herden in der Welt gehören. In den Ländern der europäischen Union – in Deutschland noch mehr als in andern Mitgliedsstaaten – gehören die mit Einwanderung, Integration, Ausländerpolitik verbundenen Fragen heute zu den großen ungelösten Problemen, und es ist absehbar, dass sich dies in der nahen Zukunft nicht verändern, sondern eher noch verschärfen wird. Dabei wird der Politik der Einwanderungsländer eine gewisse regulierende, womöglich abmildernde Bedeutung zukommen, aber nichts an den grundlegenden Entwicklungen selbst ändern. Sowohl Befürworter einer radikalen Zuwanderungssperre als auch Verfechter einer weiteren Öffnung der Grenzen für Zuwanderer suggerieren, auf diese Weise seien bestehende Konflikte und Probleme (womöglich schnell) lösbar. Dass es in der Praxis vielmehr um Abmilderung und Steuerung, um pragmatische und mittelfristige Korrekturversuche der Auswirkungen einer globalen, und die Einwirkungsmöglichkeiten eines Einzelstaates bei weitem übersteigenden Entwicklung geht, wird übersehen oder unterschlagen.



Bottsflüchtlinge, 2008

Massenmigration, das hat dieser Überblick gezeigt, ist keine vorübergehende Ausnahme, deren Ende man erwarten kann, sondern in seiner modernen Form seit etwa fünfhundert Jahren feststellbar und sich stetig ausweitend. Außer in den Fällen der Vertreibung ethnischer Minderheiten ist die in der Regel die Folge wirtschaftlicher Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten, und zwar im regionalen und nationalen Raum ebenso wie im kontinentalen oder

globalen Rahmen. Sie entzieht sich als solche wertender Betrachtung – Migration an sich ist weder gut noch schlecht. Kulturelle Begegnung, Vermischung, Kommunikation ist der eine Teil davon; Sklaverei, Ausbeutung, Zwangsarbeit, Entwurzelung, Xenophobie der andere. Dabei zeigt der Blick in die Geschichte der Wanderungsbewegungen zum einen etwas von der Langfristigkeit, der Diversität, der räumlichen und zeitlichen Dimension dieser Prozesse und von den relativ begrenzten Möglichkeiten, sie außer mit kriegerischer Gewalt zu steuern. Das behütet einen vor allzu großem Optimismus, was die politische Einflussnahme angeht. Er zeigt zum anderen aber auch, dass es richtig ist, Migration und die davon ausgehenden Auswirkungen nicht als den Sonderfall, sondern als das Normale zu betrachten, das uns lange, immer erhalten bleiben wird.

Es ist also gut, sich darauf vorzubereiten.